

Ich, Stefan Wisniewski habe heute, gemeinsam mit Christof Wackernagel (Christof hat später den Hungerstreik wieder aufgenommen; die Red.) den am 6.2.1981 begonnenen Hungerstreik abgebrochen.

Irgendwelche Zusagen über eine Veränderung der Haftbedingungen sind im Zusammenhang mit meiner Entscheidung nicht gemacht worden.

Ich halte aus politischen Gründen für richtig, den Hungerstreik abzubrechen, und werde dies im einzelnen noch in einer Erklärung vertreten.

In Kurze schon einige Punkte, die mich zu dieser Entscheidung bestimmt haben.

1. Meine politische Einschätzung ist die, daß der Staat derzeit gewillt ist, das Leben der Gefangenen zu opfern, ohne hierbei Zugeständnisse in Richtung auf eine »große Lösung« zu machen.

Die Frage aber, wann es richtig ist, sein Leben wegen des Kampfes um bessere Haftbedingungen zu opfern, muß politisch bestimmt werden.

Mit der Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention hält sich aber nach meiner Ansicht gerade aus einer politischen Bestimmung des Kampfes um bessere Haftbedingungen heraus.

Nach der Erfahrung dieses Hungerstreikes hat sich die breite Basis nach und nach pyramidenförmig verringert, anstatt daß umgekehrt bei einer richtigen politischen Bestimmung die Solidarität gewachsen wäre.

2. Der Hungerstreik war insofern immer ein taktisches Mittel und kann nicht ersatzweise politische Probleme sowohl außen als auch innen lösen.

Mit diesem Hungerstreik ist das benannte Ziel - Zusammenlegung in großen Gruppen - nicht zu erreichen und mit dessen Weiterführung auch nichts Zusätzliches mehr klar zu machen.

Das der Staat möglicherweise auch über das Leben von Gefangenen hinweggeht, ist spätestens seit Stammheim klar. Insofern gilt heute noch, was Ulrike richtig gesagt hat, daß unnötige Opfer zu vermeiden sind.

3. Durch die unterschiedliche Gefährdung der einzelnen Gefangenen aus der RAF wegen der verschiedenen Handhabung der Zwangsernährung, ist die Situation so, daß die Entscheidung ob weiter gemacht wird, daran gemessen werden müßte, daß heute oder morgen einer der Gefangenen sterben kann.

Ein solcher Tod wäre jetzt politisch sinnlos.



27.3.81

Hier nun in Thesenform, eine ausführliche Erklärung erst nach Ende des Kampfes.

1. Wenn Nazim Hikmet sagt zum Hungerstreik »der Tod mein Gewehr - die Kugel ich selber« (vergl. Hungerstreikerklärung vom 13.2.81), dann gilt auch hier, gerade hier, in jeder Phase des Kampfes: die Politik ist der Kommandeur des Gewehres.

2. Die 15er Gefangenenzusammenlegung von uns, auf der zwischenzeitlich überholt und für den Guerillakampf innerhalb der Metropolen unbrauchbaren Schiene der Genfer Konvention, ist eine politisch falsche Stoßrichtung. Sie trennt uns langfristig von jedem sozialrevolutionären Ansatz in der BRD, wie er schon heute im Keim einer sozialen Bewegung sichtbar wird. Eine 15er Zusammenlegung - selbst wenn sie realisierbar wäre - ist ohne eine Form des Hochsicherheitstraktes undenkbar. Das aber heißt: halt doch die Stufeneinheiten des reformfaschistischen Strafvollzugs zu akzeptieren.

3. Zusammenlegung verstehe ich als Aufhebung aller Trennungen zwischen politischen und sozialen, sozialen und sozialen und natürlich politischen und politischen Gefangenen. Nur so materialisiert sich

Selbstorganisation und Betreuungs-kampf. Es muß gehen um: die Zerschlagung der Hochsicherheitstrakte und auf Dauer der Gefängnisse überhaupt. Stichwort »Rekonstruktion der Klasse« in der Stunde der ökonomischen Krise und Restrukturierung, Aufhebung der Spaltung Proletariat/Subproletariat bzw. hier Kriminelle/Normale (auf internationaler Ebene siehe italienische Erfahrungen).

4. Hat der Hungerstreik auf breitester Ebene begonnen, was mich echt agitiert hat, draußen was vermittelt hat, ist nunmehr doch nur noch die falsche bzw. historisch zumindest überholte Stoßrichtung übriggeblieben, anderen Ende es Rebmannern einfach gemacht wird, nach der Methode: einkreisen und vernichten; das offene Messer aufstellen. Was sollten wir anders von ihnen erwarten. Eine politische Linie nach Punkt 3 wird zwar - ohne abzuschwören - gerade so vom Staat bekämpft, macht aber das Einkreisen schwieriger (und damit das Eliminieren), polarisiert innerhalb des Machtapparats, aber vor allem gibt es die richtige politische Stoßrichtung der Zukunft an.

5. Dieser Staat kontert durch die unterschiedliche Bestimmung der Zeitpunkte bei der Zwangsernährung den Hungerstreik. Sowohl Christof als auch ich waren (wie sicher andere auch) noch weit davon entfernt - durch frühere Zwangsernährung und Fesselung danach: die den Finger im Hals danach sinnlos werden lässt - von akuter Lebensgefahr. Aber jemand anderen ins offene Messer laufen lassen: obwohl man selber falsch findet an dieser politischen Stoßrichtung zu eskalieren, ist nicht weniger verantwortungslos, wie wenns einen unmittelbar selbst betrifft.

6. Nach dem ergebnislosen Verlauf der inhaltlichen Kontroverse um die Forderungen (bei mir reicht die bald zwei Jahre zurück), nach dem gescheiterten Versuch im aktiven Stadium des Kampfes, diesem eine andere Stoßrichtung zu geben: konnte der Anspruch, trotzdem weiterzumachen, die Front nicht noch weiter aufzubrechen wie sie schon war, nur bedeuten: aufgesetzte »Solidarität« bis hin zu Mitläufermentalität und blankem Opportunismus.

Trotz allem lässt unsere Entscheidung viele Fragen offen, bleibt nicht ne klare, sondern ne schmerzliche Sache. Wenn aber das gewehr weiterhin von der Politik kommandiert werden sollte, blieb und bleibt keine andere mögliche und richtige Entscheidung, als den Hungerstreik abzubrechen. Nicht als Schlußstreich, sondern als Ankündigung zur gemeinsamen Bestimmung einer neuen Etappe.

Stefan Wisniewski